

EDITORIAL

❖ In wenigen Wochen wird sich die Union ein neues Grundsatzprogramm geben – ihr drittes seit 1978 und 1994. Sie tut dies in einer Zeit, in der sie sich vor allem mit dem Vorwurf konfrontiert sieht, sie nähere sich der zweiten großen Volkspartei unaufhörlich an, sie „sozialdemokratisiere“ sich und verleugne damit ihre Wurzeln. Ihr eigenständiges Profil, so heißt es, sei unkenntlich und müsse wieder kantiger, unverwechselbarer werden. Ähnlich fällt die – bislang insgesamt durchaus zurückhaltende – Kritik am bestehenden Programmentwurf aus: Es sei kein „Entwurf aus einem Guss. Stattdessen stehen Signale des Modernen und Verbeugungen vor der Parteitradition und ihren Flügeln unvermittelt nebeneinander“, so heißt es in einem der eher kritischen Pressekommentare. Bemerkungen wie diese verraten krasse Unkenntnis vom Wesen der Volksparteien und ihrer Grundsatzprogramme. Auch wenn es heute zum „Volkssport“ politischer Journalisten und wissenschaftlicher Kolumnisten gehört, den Volksparteien nach langem angeleglichen Siechtum das baldige Ableben vorherzusagen: Sie bleiben die Garanten für die notwendige „Kommunikation“ zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den politisch Handelnden. Es stimmt noch immer, was Richard Schmidt gesagt hat: Volksparteien sind die „staatsbildenden Kräfte des Gesellschaftslebens“. Eine Gesellschaft aber kann die Erfordernisse einer wahrlich herausfordernden Zukunft nur gestalten und den Menschen zugleich Orientierung und Sicherheit vermitteln, wenn sie Flexibilität, Innovationsfähigkeit und Offenheit mit Heimat und Traditionsverbundenheit kombiniert – sozusagen mit dem Kopf über den Wolken und den Füßen auf dem Boden. Keine gesellschaftliche Institution, weder die Medien noch andere Akteure, können diesen artistischen Kraftakt – die Verbindung von Tradition und Moderne – auch nur ansatzweise so bewältigen wie die Volksparteien. Wenn beides im neuen Programm seinen Platz findet, ist dies die Voraussetzung für Erfolg.



Dafür muss den Menschen, wie es Jean-Claude Juncker formuliert hat, noch stärker als bisher ein „Gefühl des Aufgehobenseins“ vermittelt werden. Neueste Umfragen zeigen, dass die Volksparteien beim viel diskutierten „Kümmerer-Image“ gar nicht so schlecht abschneiden: Über zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler nehmen bei allem Misstrauen gegenüber der Leistungsfähigkeit von Politik sehr wohl wahr, dass die Volksparteien ihre Herzensangelegenheiten aufnehmen und auf die Suche nach validen Antworten gehen.

So wie es die Gründergeneration der Union vorgedacht hat, müssen die drei Wurzeln ihrer Politik – ihre liberalen, konservativen und sozialen Wurzeln, die sie so fundamental von der politischen Konkurrenz unterscheiden – das Fundament ihres am christlichen Menschenbild orientierten Wertesystems bleiben. Wer ihr fälschlich einen „Linksruck“ unterstellt, verkennet, dass die CDU immer ebenso wirtschafts- wie sozialpolitisch orientiert war. Alle wesentlichen sozialpolitischen Entscheidungen der letzten sechzig Jahre sind von der Union getroffen und in ihrer Verantwortung durchgesetzt worden. Wirtschaftliche und soziale Interessen sinnvoll zu verbinden und dieser Verknüpfung im Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ Kontur zu verleihen ist nicht nur die große historische Leistung der christlich-demokratischen Bewegung, es bleibt auch ihr Unterscheidungsmerkmal für die Zukunft. Voraussetzung dafür bleibt heute allerdings, dass es ihr nicht allein gelingt, die großen Chancen der Globalisierung zu vermitteln, sondern auch jenen Menschen Antworten zu geben, die sich im globalen Wettbewerb an den Rand gedrängt sehen. Daran wird sie sich messen lassen müssen. ❖

Michael Bode